

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. monatlichen Rhythmus.

Neues Streiflicht

„Verlorene Leben, unerzählte Geschichten“

„Was, wenn du nicht weißt, ob sie noch leben? Es ist, als ob der Tod nie ganz abgeschlossen ist.“ – Ehefrau eines Vermissten.

Menschen verschwinden auf der Flucht – spurlos, namenlos, vergessen. Unser neues Streiflicht „Verlorene Leben, unerzählte Geschichten“ macht sichtbar, was Europa oft verdrängt: Angehörige, die Antworten fordern. Tode, die nicht nachverfolgt werden. Warum gibt es kein Recht auf Identifizierung? Warum zählt nicht jedes Leben gleich?



Lesen, teilen, laut werden: "[Verlorene Leben, unerzählte Geschichten](#)"

Politische Situation

EU: Gemeinsame Liste von sicheren Herkunftsländern

Die Europäische Kommission hat einen ersten Entwurf einer gemeinsamen EU-Liste zu sicheren Herkunftstaaten vorgelegt. Nun muss der Vorschlag vom EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament genehmigt werden. Der [Entwurf](#) umfasst derzeit sieben Länder – darunter Ägypten, Bangladesch und Tunesien. Auffällig ist, dass mehrere Länder, die von Italien im Oktober 2024 als sicher eingestuft wurden – wie Albanien, Algerien und Ghana –, nicht enthalten sind. Besonders kritisch wird die Aufnahme Indiens gesehen, dessen

Regierung die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert hat.

Eine zentrale Frage bleibt, anhand welcher Kriterien Staaten als "sicher" klassifiziert werden. Können Länder als sicher gelten, wenn bestimmte Personengruppen wie Frauen, Minderheiten und LGBTQIA+-Personen diskriminiert werden? Laut [EU-Kommission](#) stellt "die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat [...] keine Garantie für die Sicherheit aller Staatsangehörigen dieses Landes dar".

Transfer von Migranten nach Albanien: Kritik an Bedingungen und rechtlicher Grundlage

Am 11. April wurden erstmals 40 Migranten aus verschiedenen italienischen Abschiebehaftzentren (CPR) nach Albanien überstellt, wo sie in den umfunktionierten Einrichtungen auf ihre Abschiebung warten sollen. Der Transfer ist nicht nur menschenrechtlich höchst fragwürdig, sondern auch völlig ineffizient, denn Rückführungen müssen weiterhin von Italien aus durchgeführt werden.

Zwei Abgeordnete der Demokratischen Partei (PD) beobachteten den Transfer am 11. April vor Ort. Ihren [Berichten](#) zufolge wurden die Migranten ohne Vorankündigung verlegt und blieben während der gesamten Reise mit Kabelbindern gefesselt. Innerhalb von 24 Stunden kam es zu drei Selbstverletzungsversuchen, was auf die extrem [belastenden Bedingungen](#) hinweist. Auch die Organisation „Tavolo Asilo“ hat die Zustände in den albanischen Zentren [untersucht und kritisiert](#) die dort herrschenden gefängnisähnlichen Verhältnisse scharf. Vom Transport bis zur Unterbringung sehen sich die Betroffenen unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt.

Um die blockierenden Entscheidungen italienischer Gerichte zu umgehen, wandelte die Meloni-Regierung die ursprünglich für beschleunigte Asylverfahren an der Grenze vorgesehenen Zentren in Albanien kurzerhand in Abschiebehaftzentren um. Doch auch dieses Vorgehen ist rechtlich problematisch. Nachdem (bisher) eine Person während der Haft in Albanien einen Asylantrag gestellt hatte, wurde sie zurück nach Italien gebracht, weil die gesetzlich vorgeschriebene Haftprüfung nicht fristgerecht innerhalb von 48 Stunden erfolgte. In diesem Fall wurde die Haft auch in Italien nicht verlängert. Zusätzlich gab es Verfahrensfehler seitens der zuständigen

Polizeibehörde in Bari. Zwar bestätigte ein [Friedensrichter](#) in Rom am 24. April alle übrigen Haftanordnungen, doch derselbe Tag brachte auch ein Urteil des Kassationsgerichtshofs: Demnach darf die 48-Stunden-Frist zwar in Ausnahmefällen überschritten werden, dies müsse aber verhältnismäßig bleiben – ein Transfer nach Albanien erfüllt dieses Kriterium voraussichtlich nicht. Damit stellt sich grundsätzlich die Frage, ob durch Asylanträge die Abschiebehaft im Ausland rechtlich ausgehebelt werden kann.



Foto: Das Schiff Mare Libra (Mitte), mit dem der erste Transfer im Oktober 2024 nach Albanien durchgeführt wurde. © [Marinaio56](#), CC BY-SA 4.0, via [wikimedia commons](#)

Rückführungsprogramm nach Algerien, Tunesien und Libyen

Anfang April hat Außenminister Antonio Tajani in einer Plenarsitzung für die italienische Entwicklungszusammenarbeit ein neues Programm zur freiwilligen Rückkehr von Migrant*innen [diskutiert](#). Kernstück soll dabei ein mit 20 Millionen Euro ausgestattetes [Programm](#) sein, das in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die freiwillige Rückkehr von rund 3.300 Migrant*innen aus Algerien, Tunesien und Libyen in ihre Herkunftsländer ermöglichen soll. Oft akzeptieren Migrant*innen den Deal nur aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit in Italien. Nach einer meist lebensgefährlichen Reise nach Europa sind sie hier immer wieder auf unüberwindbare Hürden gestoßen, die es ihnen unmöglich gemacht haben, sich ein neues Leben zu gestalten.

Auch Innenminister Matteo Piantedosi möchte mit einem diplomatischen [Besuch](#) in Ägypten die Kooperation der beiden Länder stärken, damit Abschiebungen nach Ägypten weiterhin problemlos durchgeführt werden können. Doch eine neue Studie des [Mixed Migration Centre](#) unterstreicht noch einmal, wieso der europäische Kurs zur Migration kurzfristig ist: Zwar könnte eine restriktive Migrationspolitik kurzfristig zu einer niedrigeren Zuwanderung führen, langfristig erhöhen sich jedoch die Risiken für Migrant*innen, welche andere, wenn auch immer gefährlichere, Wege finden werden, um nach Europa zu gelangen. Die getroffenen Maßnahmen steigern lediglich die politischen und finanziellen Kosten für die EU. Deals mit Staaten wie Libyen, Ägypten oder Mauretanien sind ethisch bedenklich und kaum nachhaltig. Während die italienische Regierung den europäischen Kurs als eigenen politischen Erfolg feiert, werden Menschenrechte unter dem Deckmantel der Effizienz untergraben.

Italien: Neues „Sicherheitsdekret“ untergräbt Rechte von Migrant*innen und Zivilgesellschaft

Am 4. April hat die italienische Regierung das sogenannte „Sicherheitsdekret“ verabschiedet, das zuvor noch im Senat diskutiert und vielfach kritisiert worden war.

Eine der wenigen scheinbaren Erleichterungen im Dekret betrifft den Zugang zu [SIM-Karten](#): Migrant*innen dürfen diese nun auch ohne Aufenthaltsgenehmigung erwerben, sofern sie ein Identitätsdokument [vorlegen](#) – eine minimale Korrektur, die auf Druck des Staatspräsidenten erfolgte. Doch diese minimale Änderung verdeckt den insgesamt repressiven Charakter des Gesetzes nicht. Wer in Aufnahmeeinrichtungen Anweisungen nicht befolgt, muss künftig mit Strafverfolgung rechnen. Protest wird kriminalisiert. Gleichzeitig wurde die Frist, in der eingebürgerten Migrant*innen bei schweren Straftaten die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann, auf zehn Jahre verlängert – ein direkter Angriff auf ihre Sicherheit und Zugehörigkeit. Auch schwangere oder inhaftierte Mütter bleiben im Fokus: Zwar ist Haft in milderer Form vorgesehen, doch nur auf richterliche Ausnahme und nur, wenn das Kindeswohl über strafrechtliche Härte gestellt wird. Das Dekret greift außerdem massiv in die Versammlungsfreiheit ein:

Neue Straftatbestände kriminalisieren Proteste aller Art, was einen autoritären Kurs der Regierung einleitet. Straßenblockaden können nun mit bis zu sechs Jahren Haft bestraft werden.

UN-Expert*innen haben große Bedenken über das "Sicherheitsdekret" geäußert und warnen: Italien verletzt mit dem Dekret internationales Recht. Gleichzeitig stärkt das Dekret Polizei und Militär und stattet diese mit mehr Rechten und staatlich finanziertem Rechtsschutz für Polizist*innen aus, die bei einem Einsatz Gewalt anwenden.

Das „Decreto Sicurezza“ steht für eine autoritäre Wende in Italiens Innenpolitik. Formal als Kompromiss innerhalb der Regierungskoalition verkauft – vor allem, um der rechtsgerichteten Lega entgegenzukommen – wurde es ohne Parlamentsdebatte im Eilverfahren durchgesetzt und gefährdet die Grundrechte aller Menschen in Italien.

Situation von Geflüchteten

Situation in den Abschiebegefängnissen - Besuch im CPR Trapani

Die Zustände in den italienischen Abschiebezentren werden seit längerer Zeit kritisch beobachtet. Ein im Dezember vergangenen Jahres vom Antifolterkomitee des Europarates veröffentlichter Bericht kritisierte die in CPRs vorherrschenden Bedingungen - unter anderem die Verabreichung von Psychopharmaka über das Trinkwasser im CPR Potenza, haftähnliche Unterbringungen und Gewalt gegen Untergebrachte. Zurzeit gibt es in ganz Italien zehn solcher Zentren mit insgesamt 700 Plätzen, und die Regierung Meloni plant, weitere zu errichten.

Am Rand der sizilianischen Stadt Trapani liegt das CPR Milo. Hier hat sich in den vergangenen Wochen die Situation dramatisch zugespitzt, einige Insassen befanden sich im Hungerstreik, und es kam zu tumultartigen Situationen, bei denen Barrikaden errichtet und mehrere Personen festgenommen wurden. Ein Grund für diese Eskalation liegt in den desolaten Bedingungen, unter denen die Menschen im CPR leben müssen. Diese wurden am 31. März bei einem Besuch der italienischen Parlamentarierin Giovanna Iacono (Partito Democratico) erneut beobachtet und anschließend heftig kritisiert. Giovanna Iacono bezeichnete die dort vorgefundene Situation anschließend als "Folter" und forderte die sofortige

Schließung der CPRs. Iacono musste direkt bei ihrer Ankunft eingreifen, um einen jungen Mann davon abzuhalten, sich selbst zu verletzen. Andere versuchten, Plastik zu schlucken oder hatten sich bereits verletzt. Einige Tage später besuchten auch Iaria Salis und Leoluca Orlando (beide Abgeordnete des Europaparlaments) das CPR in Milo, doch der Besuch der Abgeordneten Iacono und ihre schallende Kritik hatte die Behörden offenbar nicht dazu bewegt, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen: Auch sie berichteten von systematischen Verletzungen der Grundrechte, unsicheren Bedingungen, Machtmissbrauch und einem allgemeiner Zustand der Verwahrlosung. Sie forderten eine sofortige Schließung des CPRs. Ein Insasse brachte es im Gespräch mit Iacono folgendermaßen auf den Punkt: „Im Gefängnis ist es besser“.

Inhaftiert und vergessen: Zwei Tote im italienischen Migrationssystem

Zwei Todesfälle machen auf erschütternde Weise deutlich, wie gefährlich das italienische System der Inhaftierung und Abschiebung für Migrant*innen ist. Zwei Männer starben nach jahrelanger Missachtung, mangelnder medizinischer Versorgung und strukturellem Rassismus – einer im Gefängnis, der andere in einem Abschiebezentrum. Ihr einziges „Vergehen“ war es, Migrant zu sein. Habashy Rashed Hassan Arafa, ein ägyptischer Migrant, kam 2021 in Kalabrien an und wurde wegen angeblicher Beihilfe zur unerlaubten Einreise verurteilt. Ohne Dolmetscher*in und ohne adäquate Verteidigung verbrachte er Jahre im Gefängnis von Arghillà, wo niemand seine Sprache sprach. Als er schwer an Bauchspeicheldrüsenkrebs erkrankte, wurde er erst entlassen, als es fast zu spät war. Aktivist*innen rund um den ehemaligen Bürgermeister von Riace, Mimmo Lucano, brachten ihn nach Riace, wo er in seiner Sprache sagen konnte: „Jetzt kann ich endlich sprechen.“ Doch kurz danach verstarb er. Von Italien kannte er nur das Gefängnis.

Der zweite Fall betrifft Wissem Ben Abdellatif, einen 26-jährigen Mann aus Tunesien, der 2021 im CPR Ponte Galeria bei Rom festgehalten wurde – angeblich zur Abschiebung. Bei seiner Einlieferung war er körperlich gesund. Doch als er das Lager verließ, war es zur Verlegung in die Psychiatrie des

San Camillo-Krankenhauses. Dort starb er – gefesselt an einem Krankenhausbett – nach 100 Stunden Agonie infolge eines Herzstillstands. Heute beginnt in Rom das Vorverfahren zu seinem Tod.

Hassan und Wissam stehen stellvertretend für viele Menschen, deren Leben in einem System endete, das sie nie als Menschen gesehen hat. Ihre Geschichten fordern uns auf, nicht wegzuschauen.



Foto von [Gerardo Ayala](#) auf [Unsplash](#)

Für ein faires System: Protest in Ancona gegen Bearbeitungsstau bei Aufenthaltstiteln

In Ancona [demonstrieren](#) am Wochenende Hunderte Menschen – darunter viele Migrant*innen und solidarische Unterstützer*innen – auf der Piazza del Papa gegen die langen Wartezeiten bei der Ausstellung von Aufenthaltstiteln.

Kernforderungen der Demonstration waren: Aufenthaltstitel für alle und ein schnelleres, gerechteres Verwaltungssystem. Obwohl Verbesserungen versprochen werden, wie z.B. die Erhöhung des Personals, bleiben die gewerkschaftlichen Organisationen skeptisch, und in drei Monaten wollen sie erneut auf die Straße gehen, um zu überprüfen, ob die Versprechen eingehalten wurden. Die Mobilisierung für gleiche Rechte, schnelle Verfahren und menschenwürdige Behandlung geht weiter. Leider ist die Situation in Ancona keineswegs ein Einzelfall.

Monitoringprojekt mit dem Arci Porco Rosso: Palermo und die Krise der Obdachlosigkeit: Migrant*innen auf der Straße"

In seinem [neuen Artikel](#) beschäftigt sich unser Monitoring Partner Arci Porco Rosso mit der dramatischen Situation der Obdachlosigkeit von Migrant*innen. Nach einem ungewöhnlich kalten Winter in Sizilien spitzt sich die ohnehin dramatische Wohnungsnot für Migrant*innen in Palermo weiter zu. Während Unterkünfte fehlen, werden Hilfesuchende zunehmend ausgeschlossen – nicht zuletzt durch eine neue Politik, die Abschiebung über Schutz stellt. Der Artikel beleuchtet die Hintergründe dieser Entwicklung: von einer einst solidarischen Aufnahmepolitik bis hin zu einer repressiven Wende unter der neuen Stadtregierung. Er zeigt, wie Bürokratie, Gleichgültigkeit und Diskriminierung dazu führen, dass immer mehr Menschen schutzlos auf der Straße leben müssen.



Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).



Zum Hören [hier](#) unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

<mailto:italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2025 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash